

Aehrenlesen, Felder- und Wiefenschub.

1.
Vor beendigter Ernte ist Unbefugten alles Betreten von Feldgrundstücken und Wiesen verboten.
Das Betreten der Feldraine und Feldwege ist, soweit sie nicht öffentliche Wege sind, Unbefugten in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten.

2.
Das Aehrenlesen auf den Feldern ist nur mit Genehmigung des Besitzers und nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags zulässig. Die aufgesenen Aehren von Weizen, Roggen und Gerste sind an die Feldbesitzer oder an die Ortsbehörden gegen entsprechende Entschädigung abzuliefern. Jede andere Verwertung ist unstatthaft, da die genannten Früchte mit der Trennung vom Boden beschlagnahmt sind.

3.
Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Vorschriften in § 363 Ziffer 9 des Reichs-Straf-Gesetzbuchs und § 18 Ziffer 1 des sächs. Forst- und Feld-Strafgesetzes bleiben unberührt.

4.
Die Gendarmerte, die örtlichen Polizeigewalten und die von den Ortsbehörden bestellten und noch zu bestellenden Flurhütern erhalten hiermit Anweisung, jeden Zuwiderhandlungsfall unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Glauchau, am 5. Juli 1919.

Amthauptmann Freiherr v. B. e. l. d.

Bekanntmachung.

Ab 11. Juli d. J. wird bis auf weiteres infolge Kohlenmangels die Stromlieferung vom Elektrizitätswerk Oberlungwitz

Dienstags und Freitags von 7—12 Uhr vormittags und von 1—7 Uhr nachmittags eingestellt werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 10. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Städtische Verkaufsstelle.

Freitag 8—12 Uhr, jede Person über 65 Jahre 1/2 Pfd. 5 Mt., gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte.

Geteige, jede Person 1/2 Pfd. = 65 Pfg. 3051—3335: Hitzschold, Bahnh., 3336—3700: Wagner, Oßtr., 1—200: Lorenz, Güttengrund, 201—490: Widler, Schützenstr., 491—720: Reuter, Bismarckstr., 721—985: G. Anst., Kellstr., 986—1290: Bayritz, Neumarkt, 5436—5850, 4001—4646: in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins.

Margarine (Nachlieferung für die in der Woche vor Pfingsten ausgefallene Fleischmenge), 1 Person 50 g = 24 Pfg. 1—1350, 4001—4575: Schmidt.

Marmelade, jede Person 1/2 Pfd. = 65 Pfg. 1—200: Lorenz, Güttengrund, 201—745 Müller, König Albrechtstr., 746—1275: Bretschneider, Bismarckstr., 1276—1950: Meyer, Breitestr., 1951—2870: Wegel, Marktstr., 2871—3700: Kribbel, Oßtr., 4001—5850: in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins.

Volksküche:

Freitag nachm. 3—5 Uhr Markenausgabe, Karten-Nr. 449—375.

Unter dem Pferdebestande des Landwirts Paul Bachmann, hier Feldstraße 20 ist die Kutsche amlich festgesetzt worden.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 8. Juli 1919.

Warenverkauf.

Freitag, den 11. d. M. auf Lebensmittelkarte Nr. 66 1/2 Pfd. Gruppen für 22 Pfg., auf Nr. 67 1/2 Pfd. Getreide für 12 Pfg., auf Nr. 68 1/2 Pfd. Röhre für 30 Pfg., auf Nr. 69 50 g amerikanisches Butterpulver für 50 Pfg., auf Nr. 70 1/2 Pfd. Marmelade für 1,40 Mt.

In den Verkaufsstellen Nr. 14 wird mit 1/2 Pfd. Getreide für 12 Pfg. beliefert. In den Verkaufsstellen Nr. 15 wird mit 1/2 Pfd. Getreide für 12 Pfg. beliefert. In allen Verkaufsstellen Getreide, 1 Pfd. 3 Mt. Gemüselieferungen und Getreidevorräte, 1 Dose 3 Mt.

Oberlungwitz, am 10. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Wissens Rätsel.

Der Rätsel des Reichswirtschaftsministers Wissell liegt vor oder ist bereits erfolgt. Wissell hat das Recht dem Reichspräsidenten übergeben. An Berliner zumhänger Stelle wird jedoch erklärt, die Entscheidung sei zurzeit noch zweifelhaft. Erst in einer gestern nachmittag stattfindenden Kabinetsitzung sollte hierüber die endgültige Entscheidung fallen. Wer im Falle der Annahme des Rücktritts Wissells die Nachfolger werden wird, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Ernährungsminister Schmidt wird in parlamentarischen Kreisen genannt, mit dem Eingangs, daß er das Reichsministerium, das dann dem Reichswirtschaftsamt unterstellt werden soll, beibehalten würde.

Die Entente verlangt die Auslieferung des Kaisers.

Der „Matin“ meldet: Die holländische Entente richtet an die holländische Regierung bereits ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers. Die holländische Regierung verweigert sich zwar gegen die Verletzung dessen, was sie als Völkerrecht betrachtet, fühlt sich aber andererseits praktisch außerstande, sich dem Ersuchen zu widersetzen. Wenn es sich zunächst auch nur um die Meldung eines Pariser Blattes handelt, so ist doch anzunehmen, daß sie an sich zutrifft, und bald wohl offiziell bestätigt werden wird. Wir stehen damit also vor der Tatsache, daß die Entente die Auslieferung des Kaisers und den Prozeß will, und daß man sich darüber in Versailles verständigt hat. Zugrunde zu liegen scheint, wie das aus englischen Presseäußerungen hervorgeht, eine Forderung Lloyd Georges, der die Ententegenossen zugestimmt zu haben scheint. Daß Holland einem Befehl der Entente, dem Kaiser auszuliefern — einerlei in welcher Form er zum Ausdruck gebracht wird —, einfach wird folgen müssen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Sehr richtig aber weist die niederländische Presse schon jetzt darauf hin, daß jeder Zwang in dieser Richtung grundsätzlich genau ebensolche Verletzung

der holländischen Neutralität sein würde wie die Verletzung der Neutralität Belgiens, die man Deutschland zum Vorwurf macht.

Die Hauptsache bleibt natürlich die: Wie wird sich der Kaiser selber verhalten? Wird er diesen Gerichtshof im Tower anerkennen? Seine Auslieferung kann man durch Gewalt und Drohung erzwingen. Niemand aber wird ihn zwingen können, vor einem solchen Gerichtshof eine Aussage zu machen, wenn er nicht will.

Ein neuer Wortbruch der Entente? Nur soviet Gefangene zurück, wie deutsche Arbeiter nach Frankreich.

Von ausüblicher Stelle wird erklärt: In einer von Berliner Mittagsblatt gebrachten Meldung aus dem Haag ist von einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn v. Bersner, und dem Generalsekretär der Ententekonferenz, Dutasta, über die Rückübernahme der deutschen Kriegsgefangenen die Rede. Hierin findet sich die Bemerkung, es stehe ausdrücklich fest, daß die Rücksendung der Kriegsgefangenen im gleichen Maßstab erfolgen solle, in welchem deutsche Arbeiter in Frankreich zu den Wiederherstellungsarbeiten im zerstörten Gebiet eintreffen. Dieser Auffassung muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Deutschland ist selbstverständlich berechtigt, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich teilzunehmen und zu diesem Zweck geschulte Bauarbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indes nicht anzunehmen, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgend einer Weise mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen. Diese hat vielmehr nach Artikel 24 des Friedensvertrages ohne weiteres zu erfolgen. Die nachstehende Meldung scheint die Richtung der in der vorhergegangenen Aussprache Bemerkung zu bestätigen: Dutasta begab sich nach Versailles, wo er mit Freiherrn v. Bersner über die von Deutschland zu stellenden Hilfskräfte verhandelte, welche die nach Deutschland zurückkehrenden Kriegsgefangenen ersetzen sollen.

Sächsische Volkstammer.

55. Sitzung.

Dresden, den 9. Juli.

Beginn der Sitzung: 2.10 Uhr nachm. Am Regierungstisch: Ministerpräsident Dr. Gradnauer und die Minister Schwarz, Uhlig, Dr. Harnisch und Nischke.

Nach dem Vortrag der Regierfraktion tritt die Kammer in die Tagesordnung ein. Auf dieser steht zunächst folgende Interpellation der Fraktion der sozialdemokratischen Partei: „Hat die Regierung Mittel an der Hand, um der Verwertung von Obst und Frühgemüse beizukommen?“

Abg. S. i. n. d. e. r. m. a. n. n. (Soz.) begründet die Interpellation und führt dabei aus, daß sich das Haus schon oft mit Interpellationen in bezug auf die Lebensmittelbeschaffung habe, ohne daß dabei etwas erreicht worden wäre. Man müsse aber auf die Ursache der gegenwärtigen Zustände zurückgehen. Unsere eigenen Volksgenossen seien schuld an der Verwertung der Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Da die obige Interpellation etwas zu spät komme, richte er folgende Anfragen an die Regierung: „Welche Schritte hat die sächsische Regierung unternommen, um die fortgesetzte Teuerung der Obst- und Frühgemüsepreise zu verhindern? Wie steht es mit der Kirchenverwaltung? Warum sind die Kirchen von dem Markt verschwunden? Ist Sachsen in seinen Maßnahmen selbständig? Wie steht es für die nächste Zeit mit der Ernährung im allgemeinen? Was steht es mit den Auslandswaren? Was denkt die Regierung zu tun, um eine gerechtere Verteilung und bessere Erlaubnis der Lebensmittel in die Wege zu leiten? Welche Maßnahmen hat die Regierung, um ihre Maßnahmen durchzuführen?“

Minister Schwarz: Um eine wirksame Beeinflussung der Preisbildung zu erreichen, sei es notwendig, daß man die Waren, die zur Verteilung bestimmt seien, in der Hand halte. Von der Bestimmung der Preise für die Bewirtschaftung des Obstes und der Frühgemüse abgesehen werden. Es sollte wahrscheinlich ein Experiment sein. Den Einzelhändler stehe nicht zu, etwas über die Zentralstelle hinaus zu tun. Die gegenwärtigen Zustände seien aber nicht dauernd haltbar. Es könne nicht mehr so weiter gehen als bisher. Es bleibe nichts weiter übrig, als eine neue Organisation aufzuziehen mit Hilfe der organisierten Arbeiter. Die Regierung wolle für die Kreisbauvereine, Ueberwachungs- und Kontrollstellen einführen. Ueber die schwersten Zeiten seien wir noch nicht hinweg. Es stünde nichts, wenn irgendwo Lebensmittelauflage inszeniert würden, um eine Besserung herbeizuführen. Was nicht da sei, könne nicht herbeigeführt werden. Aber eins müsse gegeben werden, daß die Verteilung bei den Kommunalverbänden nicht immer eine geordnete gewesen sei.

Minister Nischke weist den Vorwurf zurück, daß die hohen Marktpreise der Obst- und Frühgemüse an den Staatsstraßen die umerlöschlichen Kirchenpreise verursachten.

Abg. F. e. l. l. i. c. h. (Soz.) beantragt die Besprechung der Interpellation, und die Kammer beschließt demgemäß. Abg. G. ü. n. t. h. e. r. (Dem.): Die bei einem langsamen Uebergang von der Zwangswirtschaft zum freien Handel vorkommenden Preisüberschreitungen könnten nicht wundernehmen, wenn man bedenke, daß sich während des Krieges viel zweifelhafte Elemente mit dem Handel befaßt hätten. Erst wenn der solide Handel wieder in seine Rechte eingeseht sei, würden die jetzigen unliebsamen Erscheinungen verschwinden. Er stimme dem Wirtschaftsminister bei, daß die Preissteigerung nicht so weiter gehen könnte.

Abg. F. u. n. g. e. r. (Unabh.): Das Schlimmste an der Lebensmittelverteilung sei der Umstand, daß im Reiche keine Einheit herrsche. In längerer Rede läßt er sich speziell über den Kirchenwucher aus. Es erwecke den Anschein, als ob sich die Justiz an eine derartige Materie nicht heranwagen (Zuruf Abg. Schwarz (Unabh.): Das Justizministerium steht am Pranger!) Nicht durch das Auswerfen der hohen Strafen könne das Unheil beseitigt werden, sondern nur durch eine straflose Erfassung. Beim Erzeuger müsse angefangen werden.

Justizminister Dr. Harnisch verteidigt sich gegen den Zuruf des Abg. Schäfer. Der Wucher müsse aufs schärfste verfolgt werden. Die Justiz sei bis jetzt gegen alle ihr bekannt gewordenen Fälle eingeschritten. Präsident Fräßdorf ruft den Abg. Schäfer für den gemachten Zwischenruf zur Ordnung.

Abg. K. a. m. m. e. l. s. b. e. r. g. (D. N.): Die Kommunalverbände tragen an den hohen Marktpreisen einen großen Teil der Schuld. Die hohen Gemüsepreise würden hervorgerufen durch die erhöhten Gestehungskosten, die wiederum durch die gesteigerten Ausgaben für Arbeitskräfte und durch die verkürzte Arbeitszeit bedingt seien. Dazu kämen weiter die teuren Materialanschaffungen. Weiter weist er die den Landwirten gemachten Vorwürfe zurück und ruft den Unabhängigen zu: „Rümmern Sie sich um Ihre Streits, durch die Hunderttausende Zentner von Lebensmitteln verworfen werden.“

Abg. B. l. ü. c. h. e. r. (D. N.) wendet sich gegen die Ausführungen des Wirtschaftsministers.

Daß die Verteilung bei den Kommunalverbänden nicht immer ordnungsgemäß sei, wisse er, aber auch dem Lebensmittelamt und dem Reichswirtschaftsministerium unterliege die Verteilung.

Minister Schwarz verteidigt sich gegen die Angriffe seines Vorredners. Er persönlich könne sich viel zu wenig um Einzelheiten kümmern. Das Wirtschaftsministerium hätte seine sachverständigen Mitarbeiter, und von diesen würden die Preise und nicht von ihm oder von Oberbürgermeistern festgelegt.

Abg. G. ö. l. d. n. e. r. (Soz.): Es sei nicht unbedingt notwendig gewesen, daß die Kirchenpreise (Kirchen) um über 100 Proz. überschritten wurden. Doch der Verordnungsgeber der Regierung, die Marktverträge rückgängig zu machen, durch die schon auf dem Baum für den Zentner Kirchen 60 Mt. gezahlt werden, wären die Verträge nicht annulliert worden. Nur festes Zugreifen und Erfassen des Vorhandenen könne eine Besserung schaffen.

Abg. F. e. l. l. i. c. h. (Soz.): Nicht die Stadtverwaltungen seien schuld an den hohen Preisen, sondern die Schandrianwirtschaft, die in der Reichszentrale auf dem Gebiete des Ernährungswesens herrsche. Dadurch, daß in Dresden die Lebensmittelkontrolle immer sehr locker gewesen sei, hätten die anderen sächsischen Städte zu leiden gehabt.

Minister Nischke: Dem Vorschlag seines Vorredners, die Obstverpackungen in den Staatsstraßen dem Wirtschaftsministerium zu übertragen, könne nicht entsprochen werden, da dafür die richtige Stelle die Straßenbauverwaltung sei, der die Verpackungen seit Jahren schon unterlägen.

Abg. F. e. l. i. c. h. e. r. (Unabh.): Die Stadt Dresden sei in der Ernährungspolitik mit sehr schlechtem Beispiel vorangegangen. Man habe bei der Festlegung der Preise immer nur die Interessen der Händler und Erzeuger wahrgenommen und nicht die der Verbraucher.

Abg. L. a. n. g. e. (Soz.): Es sei nicht richtig, daß man die Schuld immer auf eine andere Behörde abwälze. Zur Hebung der gegenwärtigen Mißstände und zur Herbeiführung einer Besserung sei das Hand in Handarbeiten aller Behörden und Volksgenossen notwendig.

Abg. S. o. f. m. a. n. n. (D. N.) legt dagegen Verwahrung ein, daß man unserer Landwirtschaft den Vorwurf gemacht hätte, verbrecherisch am Volke gehandelt zu haben.

Hierauf beschließt sich die Kammer mit einem Antrage des Schwere- und Petitionsausschusses zur Petition des Verbandes des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Berlin auf Sicherung einer entsprechenden Vertretung in dem in Aussicht genommenen

Forschungsinstitut für die deutsche Textilindustrie.

Nach einer längeren Aussprache beschließt die Kammer antragsgemäß, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß sie bei der Reichsregierung mit Nachdruck darauf hinwirke, daß das in Aussicht genommene Forschungsinstitut für die deutsche Textilindustrie in Dresden errichtet werde und daß den im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung dieses Instituts gesichert werde.

Danach wird ein vom Finanzausschuß abgegebener Antrag der Demokraten angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, unerwartet einer grundsätzlichen Regelung über die Leuerungszulagen für die Lehrkräfte an den Volksschulen in weiterem Umfang als bisher auf die Staatstasse zu übernehmen. Die hierzu eingegangenen Petitionen der Gemeinderäte zu Leubsdorf (Sprre), des Gemeinderates zu Chausbach (Sa.), des Gewerkschaftsbesitzes zu den Leuerungszulagen der Lehrkräfte an den Volksschulen auf den Staat, ließ die Kammer auf sich beruhen und überwies die Petition des Lehrers an der Realschule zu Stillberg i. E. wegen der Verweigerung von Leuerungszulagen der Regierung zur Berücksichtigung.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 10. Juli 1 Uhr nachmittags.

Zur Regierungsumbildung.

Unser Dresdener Vertreter nahm gestern Gelegenheit, mit den Mitgliedern sämtlicher Fraktionen der Volkstammer über die bevorstehende Umbildung der Regierung zu sprechen und erschräbte sich folgendes: Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob der Eintritt der Demokraten, der sich zu sein schien, durchaus nicht mehr beschlossene Sache ist. Die Reichssozialisten wissen, daß ihnen die Annäherung an die Demokraten die schweren Vorwürfe der Unabhängigen einbringen würde, was sie angeht, der Nervosität im Lande vermeiden möchten. Dieser wäre es ihnen, wenn sie mit den Unabhängigen eine Regierung bilden könnten. Zweifelslos würden sie auch mit den Demokraten gedehlt Arbeit leisten können, doch dürfte eine sozialdemokratische Regierung ihren Wünschen natürlich besser entsprechen. Eine rein aus demokratischen Kreisen zusammengesetzte Regierung komme nicht in Frage. Die Demosozialisten und die Deutsche Volkspartei behaupten heute immer noch ihren alten Standpunkt und lehnen den Eintritt in das Kabinett grundsätzlich ab. Unentschieden steht es aus, wann die Verhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien zu einem Erfolge führen könnten.